

JSPS Rundschreiben

aus Wissenschaft und Forschung

Japan aktuell

JSPS unter neuer Leitung

Seit Juli diesen Jahres steht die Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) unter Leitung eines neuen Director General. Prof. Ken Kikuchi übernahm das Amt nach achtjähriger Dienstzeit von seinem Vorgänger Hitoshi Osaki.

Einrichtung von TLO

Die Kooperation von Universität und Industrie bei der Technologieentwicklung geht in Japan in eine neue Phase.

Das nächsten Monat in Kraft tretende 'Gesetz zur Förderung des Technologietransfers an Hochschulen', welches die Universitäten unterstützen soll, ihre Patente der Industrie anzubieten, sowie die Einrichtung von neuen Kooperationszentren für Universität und Industrie oder Technology Licensing Offices (TLO) an den Universitäten der Präfekturen, stehen in einem zeitlich engen Zusammenhang.

In diesem Frühjahr wurde an der Faculty of Engineering der Tohoku University das 'New Industry Creation Hatchery Center' (NICHe) eingerichtet. Neun beamtete Professoren aus der Abteilung für Forschung und Entwicklung sind für fünf Jahre von ihrer Lehrverpflichtung zurückgestellt worden und forschen für Universität-Industrie-Projekte. Ab Herbst soll dieses Zentrum als TLO in Form einer Aktiengesellschaft geführt werden.

Dieses TLO hält dann anstelle der Professoren die Patente für die Forschungsergebnisse, verkauft sie an die Industrie und gibt die Einnahmen aus der Lizenzvergabe an den Professor, das Labor oder die Universität zurück.

Denn bislang war es oft der Fall, daß Universitätsprofessoren zwar neue Technologien entwickelt haben, dann aber Aufwand

und Kosten für eine Patentanmeldung gescheut haben.

Die Hokkaido University errichtet ein 'Integrationszentrum', dessen Kosten sich voraussichtlich auf 750 Mio. Yen belaufen werden. 150 Mio. Yen sollen von seiten privater Unternehmen beigesteuert werden.

"Wenn wir der Kritik, es werde nur unnütze Forschung betrieben, nicht endlich entgegen-treten, kann die Existenz von Universitäten in Frage gestellt werden." (Prof. Tetsuo Sakamoto, Faculty of Engineering, Kyushu University) Aufgrund dieser Krisenstimmung haben die Universitäten mit der Einrichtung von TLO begonnen.

An der University of Tsukuba haben bereits im Mai vergangenen Jahres einige Professoren aus eigenen Mitteln die Technologietransferfirma 'Tsukuba Liaison Institut' gegründet (vgl.: JSPS Rundschreiben 04/1997) mit dem Ziel, die Forschungsergebnisse der Universität Privatunternehmen vorzustellen und sie praktisch anzuwenden. Doch entgegen den Erwartungen war bislang der Erfolg des Technologietransfers gleich Null. Von Seiten der Industrie ist zu hören, daß die Mehrzahl der Forschungsergebnisse aus der Grundlagenforschung kommen und deshalb meistens keine direkte Anwendungsmöglichkeit versprechen.

Auch der 'Tsukuba-Fond', ein Verband für Investitionsprojekte, der in Venture-Unternehmen investiert, wurde im Juni letzten Jahres ins Leben gerufen und mit 1,1 Mrd. Yen ausgestattet. Doch auch hier sind bislang keine Investitionsergebnisse zu erkennen.

Daneben ist die Unterstützung eines Experten aus der Praxis notwendig, um festzustellen, in welchen Industriebereichen sich Grundlagenforschung sinnvoll einbringen läßt. Deshalb soll an der Spitze des TLO der

Tohoku University eine Person aus einem Privatunternehmen stehen.
(Quelle: Nikkei 27.07.1998)

Externe Evaluation an Japans Universitäten

Aus einer Untersuchung des Ministry of Education, Science, Culture and Sports (Monbusho), die am 28.07.1998 veröffentlicht wurde, geht hervor, daß im Fiskaljahr 1997 Forschung und Lehre an 16,9% der japanischen Universitäten von externen Fachleuten evaluiert wurden. Insgesamt wurden so 99 Universitäten evaluiert, das sind mehr als doppelt so viele wie im vorangegangenen Jahr (45). Ungefähr die Hälfte der evaluierten Universitäten sind staatlich (49). Auch die Zahl der Universitäten, die das Resultat ihrer externen Evaluation veröffentlichen, ist auf 56 angestiegen.

Einer internen Evaluation haben sich in diesem Jahr 516 Universitäten (87,9%) unterzogen, das sind 24 Universitäten mehr als im Vorjahr. 381 dieser Universitäten (64,9%) haben das Ergebnis ihrer internen Evaluation veröffentlicht.

(Quelle: Nikkei 29.07.1998)

Universitäten im 21. Jahrhundert

Der vom Ministry of Education, Science, Culture and Sports (Monbusho) beauftragte University Council unter dem Vorsitz von Prof. Tadao Ishikawa hat dem Minister am 30. Juni den Bericht „Das Bild der Hochschulen im 21. Jahrhundert und Reformvorschläge - Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des individuellen Charakters der Universitäten“ vorgelegt. Darin enthalten sind folgende vier Reformschwerpunkte.

Erstens soll eine Reform der derzeitigen Studienbedingungen angestrebt werden, die zwar hohe Anforderungen bei der Universitätszulassung stellen, jedoch bei den Abschlußprüfungen keine besonderen Leistungsnachweise erfordern. An Japans Universitäten hat es sich eingebürgert, innerhalb der ersten drei Studienjahre alle notwendigen Leistungsnachweise (124 Punkte) zu erbringen und das vierte Studienjahr für die Stellensuche zu nutzen. Diese Gewohnheit soll nun durch eine Verschärfung der Anforderungskriterien bei

der Erlangung von Studiennachweisen abgeschafft werden. Zu diesem Zweck soll unter anderem die Semesterwochenstundenzahl erhöht und die in einem Jahr maximal möglichen Leistungsnachweise (max. 36 Punkte pro Jahr) festgeschrieben werden. Für den Erwerb eines Leistungsnachweises sind regelmäßige Anwesenheit und schriftliche Hausarbeiten Voraussetzung. Ferner soll es überdurchschnittlich begabten Studenten ermöglicht werden, bereits nach drei Jahren ihr Studium abzuschließen. Auch der Abschlußprüfung solle eine größere Bedeutung zugestanden werden.

Zweitens müsse es Berufstätigen mit breiten Fachkenntnissen ermöglicht werden, einen Master-Kurs zu absolvieren. Da bislang Master-Studiengänge an japanischen Universitäten nur auf die Ausbildung von Forschungsnachwuchs ausgerichtet sind, müssen diese nun auch auf die Bedürfnisse Berufstätiger zugeschnitten werden. Insbesondere gilt dies für die Studienbereiche Wirtschaft und Jura, Internationale Zusammenarbeit, öffentliche Verwaltung sowie für die Ausbildung von Lehrkräften. Um den Berufstätigen das Studium überhaupt zu ermöglichen, sollen Unterrichtseinheiten an Wochenenden und Feiertagen eingerichtet werden. Ebenso wird vorgeschlagen, daß der ursprünglich auf zwei Jahre festgelegte Master-Kurs sowohl in einem Jahr als auch innerhalb eines längeren Zeitraums absolviert werden kann.

Drittens soll die Entscheidungskompetenz in Fragen der Verwaltungsangelegenheiten von den Fakultätssitzungen auf den Rektor und die Dekane übertragen werden. Da bei der Einführung von neuen Maßnahmen bislang alle Fakultäten in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, verzögert sich die Realisierungsphase. In Zukunft sollen sich die Befugnisse der Fakultätssitzungen auf Beratung bei der Lehrplanaufstellung, Immatrikulations- und Exmatrikulationsangelegenheiten, Abschlußverfahren und Verleihung von akademischen Graden beschränken. Die Befugnisse der Fakultätssitzungen bei Personalentscheidungen sollen zwar nicht geändert werden, die Aufgaben des Rektors und der Dekane jedoch eindeutiger definiert werden.

Der vierte Punkt spricht die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten an. Von den staatlichen Universitäten erwartet der Bericht eine verstärkte Ausbildung von Natur- und Ingenieurwissenschaftlern sowie die

probeweise Einführung neuer Ausbildungs- und Forschungsmethoden. Staatliche Universitäten, die diese Erwartungen nicht erfüllen, sollen überprüft und bei Bedarf umstrukturiert werden. Außerdem sollen diejenigen Universitäten, die eine überdurchschnittlich gute Bildungs- und Forschungsarbeit leisten, mit höheren Haushalts- und Geldmitteln ausgestattet werden.

Mit den genannten Forderungen wird in Japan die größte Hochschulreform seit Kriegsende angestrebt. Nach eingehenden Anhörungen wird der University Council Ende Oktober seine Ergebnisse in einem Gutachten zusammenfassen. Basierend auf diesem Gutachten wird dann das Monbusho die zur Reform notwendigen Gesetzesänderungen, wie z.B. die Änderung des Schulgesetzes, einleiten.

(Quelle: Asahi 01.07.1998)

Ruheräume in Schulen

Fast 700 Schulen haben staatliche Unterstützung zur Einrichtung von Ruheräumen beantragt, in denen sich die Schüler entspannen und Beratung einholen können. Nach Angaben des Ministry of Education, Science, Sports and Culture (Monbusho) plant die Hälfte dieser Schulen diese Ruheräume während der Sommerferien fertigzustellen, so daß sie ab Herbst genutzt werden können.

Dem Ministerium ist an der Förderung dieser Ruheräume gelegen, nachdem Streß und unkontrollierte Wut als Ursachen für eine Reihe von gewalttätigen Zwischenfällen, in denen Schüler der Mittelschule ihre Lehrer angegriffen haben, angeführt werden.

Mit Mitteln aus seinem Nachtragshaushalt wird das Monbusho ungenutzte Klassenräume mit Klimaanlage (gewöhnlich in öffentlichen Schulen nicht erlaubt) und Teppichböden oder Tatami ausstatten lassen, so daß sich die Schüler in diesen Räumen behaglicher fühlen.

Außerdem sollen Schüler in diesen Ruheräumen die Möglichkeit haben, in privater Atmosphäre Gespräche mit Beratern zu führen. In Schulen mit mehr als fünfzehn Klassen soll ein Computer mit Internet-Zugang installiert werden.

Das Monbusho hofft in den nächsten drei Jahren die Hälfte der Mittelschulen mit diesen Ruheräumen auszustatten, bereits in diesem

Fiskaljahr sollen die ersten 2000 Schulen einen solchen Raum bekommen.

Außerdem wird das Monbusho Beratungsräume finanzieren, die in der Nähe der Krankenzimmer in den Schulen eingerichtet werden sollen und in denen Schüler einen Ansprechpartner finden, mit dem sie ihre Probleme besprechen können. Immer mehr Schüler suchen Trost in den Krankenzimmern, um dem Stress im Klassenzimmer zu entfliehen, und belegen dort die Betten, die eigentlich für kranke und verletzte Schüler gedacht sind.

Diese staatliche Unterstützung ist für Projekte ab 4 Mio. Yen vorgesehen, wobei ein Drittel der Kosten vom Monbusho getragen und der Rest durch Kommunalanleihen finanziert werden soll.

(Quelle: Asahi 24.07.1998)

Japans Firmen hinter USA und Europa

Im Bereich Industrieroboter und Autotechnologie halten sich Japans Firmen für genauso stark wie ihre Kollegen in den USA und Europa, doch in den Gebieten Information/Software und Pharmaindustrie fühlen sich japanische Unternehmen als Nachzügler. Zu diesem Ergebnis kam eine Umfrage der Nihon Keizai Shimbun (Nikkei), die auf den Antworten von 289 japanischen Unternehmen basiert.

Um sich mit ihren Konkurrenten in Übersee messen zu können, planen Japans Unternehmen in den Bereichen Information und Biotechnologie - man erwartet, daß dies die führenden Industriebereiche im nächsten Jahrhundert sein werden - die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in diesem Fiskaljahr trotz der wirtschaftlichen Krise um 3,2% zu erhöhen.

Bei Arzneimitteln und im landwirtschaftlichen Sektor sehen sich die japanischen Unternehmen hinter den USA und Europa. Bei Informations- und Softwaretechnologie fühlt sich Japan hinter den USA auf gleichem Stand wie Europa.

Bessere Noten gibt man sich jedoch in der Roboter- und Automobilindustrie.

In Anbetracht der Bemühungen japanischer Unternehmen, im harten weltweiten technologischen Wettbewerb mithalten zu können, ist zu erwarten, daß Japans F+E-Ausgaben im privaten Sektor in diesem Fiskaljahr zum vierten Mal in Folge ansteigen werden. (Quelle: Nikkei 20.07.1998)

03/1998

Japans neue Regierung

Im Regierungskabinett von Japans neuem Premierminister Keizo Obuchi wird Yutaka Takeyama die Leitung der Science and Technology Agency übernehmen und Akito Arima, ehemaliger Präsident der University of Tokyo, das Amt des Minister of Education, Science, Sports and Culture.
(Quelle: Asahi 30.07.1998)

Weissbücher im Internet

Auf der Homepage des Monbusho sind die Weissbücher aus den Jahren 1994, 1995 und 1996 auch in englischer Version vorhanden.
Die Adresse lautet:
<http://www.monbu.go.jp/hakusyo/e-index.html>

Bücher

Im Springer Verlag ist das Buch 'Japan ist offen, Chancen für deutsche Unternehmen' erschienen. Die Herausgeber sind Heinz Riesenhuber und Josef Kreiner.

"Seit zwei Jahrzehnten ist Japan die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Japan erarbeitet 70% der Wirtschaftsleistung der im Aufbruch befindlichen ost- und südostasiatischen Region. Wiederum 60% des japanischen Inlandsprodukts werden für den privaten Verbrauch verwendet. Dies bedeutet ein erhebliches Marktpotential auch für die deutsche Wirtschaft. Japan hat sich geöffnet und bietet heute deutschen Unternehmen vielfältige Geschäftsmöglichkeiten. Das Buch informiert kompetent über die aktuellen Veränderungen in Japan: Handelsrecht, Absatzwege, Unternehmenskonstellationen, Arbeitsmarkt, Technologie, Gesellschaft. Darüber hinaus legen erfolgreiche deutsche Unternehmen ihre Japanerfahrungen offen."

<http://www.springer.de>

JSPS Liaison Office Bonn,
Wissenschaftszentrum
PF 20 14 48, 53144 Bonn
Fax: 0228/9577777
email: jsps-bonn@t-online.de
<http://www.home.t-online.de/home/jsps-bonn>

Gewerkschaften in der japanischen Politik von 1970 bis 1990: Der dritte Partner?

von Wolfgang Seifert

Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.

372 Seiten mit 5 Abb. und 25 Tabellen. Kartoniert DM 64,-

ISBN 3-531-13154-0

Beim vorliegenden Buch handelt es sich um die gekürzte Fassung der Habilitationsschrift des Autors. Ein einjähriges Forschungsstipendium der Japan Society for the Promotion of Science ermöglichte es ihm unter anderem im Frühling des Jahres 1984 Interviews mit führenden Vertretern der japanischen Gewerkschaftsbewegung zu führen. Diese und weitere Materialien dienen der Analyse der Herausbildung neuer Institutionen der Interessenvermittlung zwischen dem Staat und Gewerkschafts- sowie Unternehmerverbänden in den Jahren zwischen 1970 und 1990. Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf der sich wandelnden Haltung der Gewerkschaftsbewegung gegenüber staatlichen Stellen. Dadurch, daß die Regierungsseite in diesem Zeitraum die Partizipationsmöglichkeiten für Interessenverbände verstärkte, fanden die Gewerkschaften ein günstiges Handlungsfeld für ihren neuen Politikkurs vor, aus dem sich letztlich sogar einschneidende organisatorische Veränderungen für die japanische Gewerkschaftsbewegung ergaben.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die Situation der japanischen Gewerkschaftsbewegung zu Beginn der 1970er Jahre: ihre Basis bildeten die Unternehmensgewerkschaften. Diese Organisationsform ist vor allem dadurch charakterisiert, daß die Mitglieder einer Gewerkschaft demselben Unternehmen angehören und Tarifverträge in der Regel auf der Ebene des Unternehmens ausgehandelt und abgeschlossen werden. Viele dieser Gewerkschaften haben sich auf der Ebene der Industriebranche zu Föderationen zusammengeschlossen, die ihre Aktivitäten zu einem gewissen Grad koordinieren - insbesondere während der landesweiten Lohnverhandlungen im Frühjahr. Diese Föderationen wiederum konstituieren die nationalen Dachverbände, die bis zum Jahr 1989 im Wesentlichen in zwei Lager gespalten waren:

Der Dachverband Sôhyô verstand sich als anti-imperialistischer und anti-militaristischer Verband mit dem Ziel einer Veränderung der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Japan. Die Haltung gegenüber den Arbeitgebern und der Regierung war deshalb konfrontativ. Sôhyô war die wichtigste Unterstützungsorganisation für die Sozialistische Partei Japans (SPJ).

Der Verband Dômei hatte sich in den 1960er Jahren endgültig von Sôhyô abgespalten und sah die Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeit eher in einer konkreten Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer. Die Haltung des Verbandes kann als systemkonform oder moderat bezeichnet werden. Politisch stand Dômei der Demokratisch Sozialistischen Partei (DSP) nahe.

Zu Anfang der 1970er Jahre war die japanische Gewerkschaftsbewegung also richtungsgewerkschaftlich fragmentiert. Ihre Strategie zielte vor allem darauf ab, möglichst deutliche Lohnerhöhungen auszuhandeln. Ihre politischen Vorstellungen versuchten sie zu verwirklichen, indem sie die - wenig einflußreichen - Oppositionsparteien unterstützten. Diese Situation war, wie der Autor zeigt, in der 1970er und 1980er Jahren einschneidenden Veränderungen unterworfen.

Eine große Bedeutung kommt dabei dem Krisenmanagement im Zuge der ersten Ölkrise 1973/74 zu, mit der die Phase der zweistelligen wirtschaftlichen Wachstumsraten zu Ende ging. Für die Zukunft mußten die Gewerkschaften deshalb mit deutlich niedrigeren Lohnerhöhungen rechnen. Sie entwickelten ein verstärktes Engagement, im politischen Bereich im Sinne der Arbeitnehmer zu agieren. Bereits seit 1970 hatte mit dem Gesprächskreis für Industrie- und Arbeitsfragen (japanisch: Sanrôkon) - nach dem Vorbild der Konzertierte Aktion in der BRD eingerichtet - ein Gremium bestanden, in dem eine Interessenabstimmung zwischen der Regierung, den Arbeitgebern und den Gewerkschaften bestanden, das nun verstärkt auch Fragen der Lohnpolitik behandelte. Gewerkschaftsvertreter wurden darüber hinaus auch in die von der Regierung

eingesetzten Beratungsausschüsse (japanisch: shingikai) berufen. Diese Gremien dienen der Diskussion von politischen Inhalten und der Abstimmung von Interessen. Die Ergebnisse der Beratungen werden in Form von Berichten veröffentlicht. Die in dem Beratungsausschüssen gefaßten Beschlüsse sind zu verstehen als Empfehlungen an Regierung und Bürokratie - sie haben keinen bindenden Charakter. Die Ausschüsse sind den einzelnen Ministerien, die auch über ihre Zusammensetzung entscheiden, zugeordnet. Es nehmen Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Experten und Politiker teil. Gewerkschafter sind dabei nicht nur in Beiräten zu ökonomischen und sozialen Fragen vertreten, sondern - wenn auch sehr geringer Anzahl- in solchen zur Industrie- und Technologiepolitik.

Parallel zu dieser verstärkten Einflußnahme der Gewerkschaften auf die politische Entscheidungsfindung kam es auch zu einer organisatorischen Veränderung auf der Ebene der nationalen Dachverbände. Mit dem Seisaku suishin rôso kaigi war 1976 ein Gremium ins Leben gerufen worden, in dem Verbände beider gewerkschaftlicher Lager vertreten waren. Der Rat hatte die Aufgabe, gemeinsame politische Konzepte zu formulieren, die die Gewerkschaftsvertreter in die Beratungsgremien einbringen konnten. Diese Zusammenarbeit führte letztlich zur Gründung des neuen Dachverbands Rengô. 1989 löste sich auch Sôhyô auf und wichtige Gewerkschaftsverbände des öffentlichen Sektors traten Rengô bei, der damit etwa 60% der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in Japan unter seinem Dach vereinigt.

In den Jahren von 1970 bis 1990 veränderte die japanische Gewerkschaftsbewegung also zum einen ihre Strategie der Politikbeeinflußung -weg von der bloßen Unterstützung von Parteien hin zum Einbringen eigener Konzepte in den Prozess der Entscheidungsfindung. Zum anderen und damit zusammenhängend bildete sich ein neuer, stärker einheitsgewerkschaftlich orientierter, nationaler Dachverband.

Die besondere Stärke der Untersuchung liegt darin, daß diese Entwicklungen durch die Zitate aus den Interviews der Gewerkschaftsvertreter kommentiert und illustriert werden. Das Hauptgewicht liegt auf der Analyse der Herausbildung neuer institutioneller Strukturen, unbeantwortet bleibt deshalb die Frage, ob die neue Strategie der Politikbeeinflussung tatsächlich auch mit einer stärkeren inhaltlichen Berücksichtigung gewerkschaftlicher Vorschläge einhergeht und damit erfolgreicher ist, als der alte Kurs der Politikbeeinflussung über Parteienbindung. Hier könnte die weitere Forschung ansetzen.

Katja Stoll, Rathausstr. 4, 69126 Heidelberg

